

Bericht der Justiz- und Sicherheitskommission an den Landrat

betreffend Änderung des Gesetzes über die Information und den Datenschutz (Informations- und Datenschutzgesetz, IDG) - Anpassung an das geänderte europäische Datenschutzrecht

2020/477

vom 9. Dezember 2020

1. Ausgangslage

Mit der Landratsvorlage 2020/477 sollen neuere Bestimmungen der europäischen Datenschutzgesetzgebung auch im kantonalen Recht umgesetzt werden. Ausserdem nimmt die Vorlage zwei landrätliche Vorstösse auf, welche das Datenschutzrecht betreffen.

Konkret hat die Revision einerseits die EU-Richtlinie 2016/680 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten im Bereich des Strafrechts und die EU-Verordnung 2016/679 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten sowie andererseits das vom Europarat überarbeitete Übereinkommen zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten (SEV 108) im Blick.

Die Gesetzesanpassungen, so heisst es in der Vorlage, seien nötig, weil die neuen Regelungen auf europäischer Ebene «als Weiterentwicklung des Schengen/Dublin-Besitzstands zwingend in das innerstaatliche Recht umzusetzen sind». Damit sollen auch die Voraussetzungen geschaffen werden, dass eine EU-Bestätigung eines angemessenen Datenschutzniveaus der schweizerischen Gesetzgebung erfolgen kann – dies ist wichtig, um damit weiterhin «den uneingeschränkten Zugang für Schweizer Unternehmen zu den EU-Märkten sicher zu stellen».

Auf Bundesebene hat der Bundesrat in diesem Sinne eine Totalrevision des Bundesgesetzes über den Datenschutz¹ (DSG) vorgelegt. Das Parlament hat in einem ersten Schritt die Bestimmungen zur EU-Datenschutzreform beschlossen, welche am 1. März 2019 in Kraft getreten sind. Die übrigen Teile dieser DSG-Revision, die auch das «nicht Schengen-relevante, jedoch inhaltlich der EU-Richtlinie 2016/680 und der EU-Verordnung 2016/679 sehr ähnliche» Europarat-Übereinkommen berücksichtigen, wurden am 25. September 2020 in den eidgenössischen Räten beschlossen (Referendumsfrist bis Januar 2021). Für die Bearbeitung von Personendaten durch kantonale und kommunale öffentliche Organe gelten die kantonalen Datenschutzbestimmungen. Entsprechend müssen darum im basellandschaftlichen Informations- und Datenschutzgesetz² (IDG) die nötigen Ergänzungen und Präzisierungen vorgenommen werden.

Mit der Revision erfährt der Datenschutz in vielerlei Hinsicht «eine – vom übergeordneten Recht vorgegebene – Aufwertung», heisst es. Dazu sei beispielhaft ein Punkt angeführt: Neu sind die datenbearbeitenden Personen verpflichtet, sich über die Richtigkeit der Daten zu vergewissern und mangelhafte Daten zu korrigieren oder zu vernichten – heute gilt «nur» der Grundsatz, dass die einem öffentlichen Organ aufbewahrten Personendaten richtig sein müssen. Der Gesetzesentwurf basiert auf einem Leitfadens der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und ist eng mit Basel-Stadt abgestimmt.

¹ SR 235.1

² SGS 162

Der Regierungsrat unterbreitet im Rahmen der Revisionsvorlage zudem eine gesetzliche Grundlage für Datenbearbeitungen im Rahmen von Pilotversuchen, wie dies in der Motion 2013/085 (Schaffung Rechtsgrundlagen für Pilotprojekte zur Erprobung des elektronischen Patientendossiers (IDG und Gesundheitsgesetz) gefordert wurde. Aufgrund des ausgesprochen klaren Vernehmlassungsergebnisses zur Motion 2015/418 (Verrechnungsmöglichkeit Datenschutz) schlägt der Regierungsrat dem Landrat hingegen vor, auf die Einführung einer Kostenpflicht für Beratungsdienstleistungen der Aufsichtsstelle Datenschutz gegenüber Stellen ausserhalb der kantonalen Verwaltung zu verzichten.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Kommission hat die Vorlage an ihren Sitzungen vom 12. Oktober, 26. Oktober und 23. November 2020 beraten; dies im Beisein von Regierungsrätin Kathrin Schweizer und Stephan Matis, Generalsekretär der Sicherheitsdirektion (SID). Markus Brönnimann, Leiter der Aufsichtsstelle Datenschutz (ASD), Thomas Held, juristischer Mitarbeiter der ASD, sowie Peter Guggisberg, Leiter der Abteilung Rechtsetzung der SID, haben die Vorlage präsentiert und die Fragen der Kommission beantwortet.

2.2. Eintreten

Eintreten war unbestritten.

2.3. Detailberatung

Das Gesetz wurde in der Kommission insgesamt gut aufgenommen. Gleichwohl wurden einige Aspekte kritisch hinterfragt.

Ein erster Diskussionspunkt betraf die Gebührenpflicht für Auskünfte der Aufsichtsstelle Datenschutz. Bereits in der Debatte zur Überweisung der entsprechenden Motion sei deutlich geworden, dass Ausnahmen – namentlich für die Gemeinden – vorzusehen seien. Dass nun aber gar keine Gebührenerhebung vorgesehen ist, stiess darum teils auf Irritation. Direktion und ASD verwiesen auf die Ablehnung des Ansinnens in der Vernehmlassung und das absehbar schlechte Verhältnis von Aufwand und Ertrag, wenn die Gemeinden von der Gebührenpflicht ausgenommen und nur noch einige wenige Institutionen (etwa Spitäler) gebührenpflichtig wären. Zudem dürfe man den Privaten, deren Rechte man zu schützen habe, hier keine Gebühren auferlegen. Wenn gewisse Beratungsdienstleistungen der ASD wegen der Kostenpflicht nicht mehr nachgefragt würden, so hiess es weiter, führe dies zudem zu einer Schwächung des präventiven Datenschutzes.

In der Annahme, dass die neue Gesetzgebung höhere Anforderungen und in der Folge eine vermehrte Belastung der Aufsichtsstelle Datenschutz mit sich bringen wird, wurde auch die Frage nach den Kosten für die Bewältigung der Aufgaben der Dienststelle aufgeworfen. Seitens ASD hiess es dazu, dass das Gesetz mehr eine Konkretisierung der Aufgaben denn eine Erweiterung darstellen würde. Neue Aufgaben seien insofern nicht zu erwarten. Vieles, was neu festgeschrieben werde – etwa die Vorabkonsultation auch für Gesetzesprojekte –, sei bisher schon praktiziert worden. Solch ein früher Einbezug der ASD sei auch hilfreich, weil es immer schwieriger sei, Probleme in einem bereits bestehenden Projekt zu beheben. Die Ausführungen des ASD-Leiters in diesem Kontext zeigten auch auf, dass die Behörde angesichts ihres Personalbestands jeweils genau abwägen muss, wo die Ressourcen sinnvollerweise eingesetzt werden.

Ein Thema war auch die Ausgestaltung die Informationspflichten bei Datenbeschaffungen (dieses Thema hatte nicht zuletzt in den Gemeinden Besorgnis ausgelöst). Das Ziel der Anpassungen sei zwar eine Erhöhung der Transparenz, wurde dazu gesagt. Sofern sich die behördliche Aufgabe nicht sowieso aus einem Gesetz herleiten lasse, könne man beispielsweise mit Informationen auf einer Website oder Formularen arbeiten. Neu sei in diesem Kontext lediglich, dass alle (und nicht

nur die besonderen) Personendaten erfasst seien. Eine individuelle Information zu einer Datenbearbeitung dürfte höchstens im Ausnahmefall notwendig werden.

In diesem Kontext wurden zwei Anträge zu § 14 («Informationspflicht bei der Datenbeschaffung») gestellt. Einerseits wurde zu Absatz 1 eine Ergänzung beantragt, wonach «die betroffene Person angemessen über jeder Datenbeschaffung informiert werden muss». Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, dass das Level der Information nicht in jedem Fall gleich sein muss. Weiter wurde beantragt, in Absatz 2 den Zweck dieser Informationspflicht zu verdeutlichen («zur Gewährleistung einer transparenten Datenbearbeitung und damit die betroffene Person ihre Rechte geltend machen kann, umfasst die Information mindestens Angaben über...»). Die ASD-Vertreter sahen diese Anliegen bereits im Gesetz angelegt, stellten sich den Anträgen aber nicht entgegen. Die beiden Anträge, die sich an die bundesrechtlichen Formulierungen anlehnen, wurden stillschweigend angenommen.

In der Schlussabstimmung wurde der Landratsbeschluss mit 11:1 Stimmen angenommen.

3. Antrag an den Landrat

://: Die Justiz- und Sicherheitskommission beantragt dem Landrat mit 11:1 Stimmen ohne Enthaltungen gemäss beiliegendem Landratsbeschluss zu beschliessen.

09.12.2020 / gs

Justiz- und Sicherheitskommission

Jacqueline Wunderer, Präsidentin

Beilagen

- Landratsbeschluss (Entwurf)
- Gesetzestext (von der Justiz- und Sicherheitskommission beschlossene und von der Redaktionskommission bereinigte Fassung)

Landratsbeschluss

betreffend Änderung des Gesetzes über die Information und den Datenschutz (Informations- und Datenschutzgesetz, IDG) - Anpassung an das geänderte europäische Datenschutzrecht

vom

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Die Änderung des Informations- und Datenschutzgesetzes wird gemäss Beilage beschlossen.
2. Ziffer 1 untersteht der Volksabstimmung gemäss § 30 Absatz 1 Buchstabe b und § 31 Absatz 1 Buchstabe c der Kantonsverfassung.
3. Die Motion 2013/085 «Schaffung Rechtsgrundlagen für Pilotprojekte zur Erprobung des elektronischen Patientendossiers (IDG und Gesundheitsgesetz)» wird abgeschrieben.
4. Die Motion 2015/418 «Verrechnungsmöglichkeit Datenschutz» wird abgeschrieben.

Liestal,

Im Namen des Landrats

Der Präsident:

Die Landschreiberin:

Gesetz über die Information und den Datenschutz (Informations- und Datenschutzgesetz, IDG)

Änderung vom [Datum]

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft

beschliesst:

I.

Der Erlass SGS 162 (Gesetz über die Information und den Datenschutz (Informations- und Datenschutzgesetz, IDG) vom 10. Februar 2011) (Stand 1. Januar 2018) wird wie folgt geändert:

§ 1 Abs. 2

² Es bezweckt:

- b. **(geändert)** die Grundrechte von natürlichen Personen zu schützen, über welche die öffentlichen Organe Personendaten bearbeiten.

§ 2 Abs. 2, Abs. 2^{bis} (neu)

² Es findet keine Anwendung:

- a. **(geändert)** soweit ein öffentliches Organ am wirtschaftlichen Wettbewerb teilnimmt und dabei privatrechtlich handelt.
- b. *Aufgehoben.*
- c. *Aufgehoben.*

^{2bis} Die Rechte und Ansprüche der betroffenen Person während hängigen Verfahren der Zivilrechts- und Strafrechtspflege, der Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie während hängigen Rechtshilfeverfahren richten sich ausschliesslich nach dem anwendbaren Verfahrensrecht.

§ 3 Abs. 3 (geändert), Abs. 4, Abs. 5 (geändert), Abs. 7 (neu), Abs. 8 (neu)

³ Personendaten sind Informationen, die sich auf eine bestimmte oder bestimm-
bare natürliche Person beziehen.

⁴ Besondere Personendaten sind:

- a. Personendaten, bei deren Bearbeitung eine besondere Gefahr der Grund-
rechtsverletzung besteht, insbesondere Angaben über:

2. **(geändert)** die Gesundheit, das Erbgut (genetische Daten), die Intimsphäre oder die ethnische Herkunft,
- 2^{bis}. **(neu)** Behinderungen,
4. **(geändert)** administrative oder strafrechtliche Verfolgungen und Sanktionen,
5. **(neu)** mit speziellen technischen Verfahren gewonnene personenbezogene Daten zu den physischen, physiologischen oder verhaltens-typischen Merkmalen einer natürlichen Person, welche die eindeutige Identifizierung dieser Person ermöglichen oder bestätigen (biometrische Daten).

⁵ Bearbeiten ist jeder Umgang mit Informationen, unabhängig von den angewandten Mitteln und Verfahren, insbesondere das Beschaffen, Aufbewahren, Lesen, Verändern, Bekanntgeben, Archivieren, Löschen oder Vernichten sowie das Durchführen logischer und/oder rechnerischer Operationen mit diesen Informationen.

⁷ Profiling ist jede Auswertung von Informationen, um wesentliche persönliche Merkmale zu analysieren oder Entwicklungen vorherzusagen, insbesondere bezüglich Arbeitsleistung, wirtschaftliche Lage, Gesundheit, Intimsphäre oder Mobilität.

⁸ Auftragsdatenbearbeiterin oder Auftragsdatenbearbeiter ist die private Person oder das öffentliche Organ, die oder das Informationen im Auftrag des öffentlichen Organs bearbeitet, welches für die Bearbeitung verantwortlich ist.

§ 6 Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (neu), Abs. 4 (neu)

² Bearbeiten mehrere öffentliche Organe einen gemeinsamen Informationsbestand, regeln sie die Verantwortung untereinander und legen fest, welches öffentliche Organ die Gesamtverantwortung trägt.

³ Das verantwortliche öffentliche Organ muss gegenüber der Aufsichtsstelle Datenschutz nachweisen können, dass es die Datenschutzbestimmungen einhält.

⁴ Der Regierungsrat regelt das Nähere für die kantonale Verwaltung, der Gemeinderat regelt das Nähere für die kommunale Verwaltung. Soweit Gemeinden keine Regelungen erlassen, gelten diejenigen für die kantonale Verwaltung.

§ 7 Abs. 1 (geändert), Abs. 3 (neu)

¹ Das öffentliche Organ kann das Bearbeiten von Informationen einer Auftragsdatenbearbeiterin oder einem Auftragsdatenbearbeiter übertragen, wenn:

Aufzählung unverändert.

³ Die Auftragsdatenbearbeiterin oder der Auftragsdatenbearbeiter darf ohne vorgängige schriftliche Zustimmung des auftraggebenden öffentlichen Organs die Informationsbearbeitung keiner weiteren Auftragsdatenbearbeiterin oder keinem weiteren Auftragsdatenbearbeiter übertragen.

§ 9 Abs. 2 (geändert), Abs. 4 (neu)

² Besondere Personendaten dürfen bearbeitet und ein Profiling darf nur vorgenommen werden, wenn:

Aufzählung unverändert.

⁴ Personendaten dürfen nur so lange bearbeitet werden, als es zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgabe erforderlich ist.

§ 9a (neu)**Voraussetzungen für das Bearbeiten im Rahmen von Pilotversuchen**

¹ Der Regierungsrat kann, nachdem er im Rahmen einer Vorabkonsultation (§ 12) die Beurteilung der Aufsichtsstelle Datenschutz (§ 35) eingeholt hat, vor dem Inkrafttreten eines Gesetzes die Bearbeitung von besonderen Personendaten bewilligen, wenn:

- a. die Aufgaben, die diese Bearbeitung erforderlich machen, in einem Gesetz geregelt sind, und
- b. ausreichende Massnahmen zur Verhinderung von Persönlichkeitsverletzungen getroffen werden, und
- c. die praktische Umsetzung einer Datenbearbeitung eine Testphase vor dem Inkrafttreten des Gesetzes zwingend erfordert.

² Die praktische Umsetzung einer Datenbearbeitung kann eine Testphase zwingend erfordern, wenn die Erfüllung einer Aufgabe:

- a. technische Neuerungen erfordert, deren Auswirkungen zunächst evaluiert werden müssen, oder
- b. bedeutende organisatorische oder technische Massnahmen erfordert, deren Wirksamkeit zunächst geprüft werden muss, insbesondere bei der Zusammenarbeit mit öffentlichen Organen des Bundes und anderer Kantone und Privaten, oder
- c. die Bekanntgabe von besonderen Personendaten an Dritte mittels eines Abrufverfahrens erfordert.

³ Pilotprojekte sind auf maximal 5 Jahre zu befristen.

⁴ Jedes Pilotprojekt ist zu evaluieren.

⁵ Der Regierungsrat regelt die Modalitäten der Datenbearbeitung in einer Verordnung.

§ 10 Abs. 2 (neu), Abs. 3 (neu)

² Wer Personendaten bearbeitet, hat sich über deren Richtigkeit zu vergewissern.

³ Es sind alle angemessenen Massnahmen zu treffen, damit Daten berichtigt oder vernichtet werden, die im Hinblick auf den Zweck ihrer Beschaffung oder Bearbeitung unrichtig oder unvollständig sind.

§ 11a (neu)**Datenschutz-Folgenabschätzung**

¹ Das verantwortliche öffentliche Organ prüft bei jedem Vorhaben für eine Personendatenbearbeitung, ob voraussichtlich ein hohes Risiko für die Grundrechte der betroffenen Personen besteht.

² Besteht voraussichtlich ein hohes Risiko, ist eine Datenschutz-Folgenabschätzung durchzuführen.

³ Die Datenschutz-Folgenabschätzung enthält mindestens:

- a. eine allgemeine Beschreibung der geplanten Bearbeitungsvorgänge;
- b. eine Bewertung der Risiken für die Grundrechte der betroffenen Personen; sowie
- c. eine Darstellung und Bewertung der geplanten Abhilfemassnahmen, Garantien, Sicherheitsvorkehrungen und Verfahren, durch die der Schutz der Grundrechte der betroffenen Personen sichergestellt und der Nachweis erbracht werden soll, dass die Datenschutzbestimmungen eingehalten werden.

§ 12 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)**Vorabkonsultation der Aufsichtsstelle Datenschutz (Überschrift geändert)**

¹ Das verantwortliche öffentliche Organ legt der Aufsichtsstelle Datenschutz (§ 35) frühzeitig zur Vorabkonsultation vor:

- a. **(neu)** Rechtsetzungsprojekte, die die Bearbeitung von Personendaten betreffen, und
- b. **(neu)** Vorhaben zur Bearbeitung von Personendaten, die aufgrund der Art der Bearbeitung oder der zu bearbeitenden Daten voraussichtlich zu einem hohen Risiko für die Grundrechte der betroffenen Personen führen.

² Die Aufsichtsstelle Datenschutz kann Kriterien für Bearbeitungsvorgänge festlegen, die ihr zur Vorabkonsultation zu unterbreiten sind.

§ 14 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (neu)**Informationspflicht bei der Datenbeschaffung (Überschrift geändert)**

¹ Das verantwortliche öffentliche Organ informiert die betroffene Person angemessen über jede Beschaffung von Daten; diese Informationspflicht gilt auch, wenn die Daten bei Dritten beschafft werden.

² Zur Gewährleistung einer transparenten Datenbearbeitung und damit die betroffene Person ihre Rechte geltend machen kann, umfasst die Information mindestens Angaben über:

- a. **(neu)** das verantwortliche öffentliche Organ samt Kontaktdaten;
- b. **(neu)** die bearbeiteten Daten oder die Kategorien der bearbeiteten Daten;
- c. **(neu)** alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Personendaten, wenn sie nicht bei der betroffenen Person erhoben worden sind;

- d. **(neu)** die Rechtsgrundlage und den Zweck des Bearbeitens;
- e. **(neu)** die Datenempfänger oder die Kategorien der Datenempfänger, falls die Daten Dritten bekanntgegeben werden; und
- f. **(neu)** die Rechte der betroffenen Person.

³ Die Informationspflicht entfällt, wenn:

- a. **(neu)** die betroffene Person bereits über die Informationen nach Abs. 2 verfügt;
- b. **(neu)** das Bearbeiten der Personendaten gesetzlich ausdrücklich vorgesehen ist; oder
- c. **(neu)** die Information nicht oder nur mit unverhältnismässigem Aufwand möglich ist.

⁴ Die Bekanntgabe der Informationen kann unter denselben Voraussetzungen eingeschränkt werden wie der Zugang zu den eigenen Personendaten.

§ 15 Abs. 2 (neu)

² Für alle Informationsbestände, die Personendaten enthalten, sind Fristen für die Beurteilung festzulegen, ob die Personendaten zur Aufgabenerfüllung noch benötigt werden oder ob sie archiviert oder vernichtet werden sollen.

§ 15a (neu)

Meldung von Datenschutzverletzungen

¹ Eine Datenschutzverletzung liegt vor, wenn die Sicherheit so verletzt wird, dass:

- a. bearbeitete Personendaten unwiederbringlich vernichtet werden oder verloren gehen, unbeabsichtigt oder unrechtmässig verändert oder offenbart werden; oder
- b. Unbefugte Zugang zu solchen Personendaten erhalten.

² Das verantwortliche öffentliche Organ meldet der Aufsichtsstelle Datenschutz (§ 35) ohne unangemessene Verzögerung eine Datenschutzverletzung.

³ Die Auftragsdatenbearbeiterin oder der Auftragsdatenbearbeiter informiert das auftraggebende öffentliche Organ unverzüglich über eine Datenschutzverletzung.

⁴ Eine Meldepflicht des öffentlichen Organs besteht nicht, wenn die Datenschutzverletzung voraussichtlich nicht zu einem Risiko für die Grundrechte der betroffenen Person führt. Die Aufsichtsstelle Datenschutz kann Kriterien für Datenschutzverletzungen festlegen, die ihr zu melden sind.

⁵ Das öffentliche Organ informiert die betroffenen Personen, wenn die Umstände dies erfordern oder die Aufsichtsstelle Datenschutz es verlangt.

⁶ Die Benachrichtigung der betroffenen Personen kann ausserdem ganz oder teilweise unterbleiben oder aufgeschoben werden, wenn eine Einschränkung gemäss § 27 zulässig ist.

§ 19 Abs. 1 (geändert)

¹ Das öffentliche Organ gibt besondere Personendaten oder Resultate eines Profilings bekannt, wenn:

Aufzählung unverändert.

§ 22 Abs. 1 (geändert)**Verzeichnis der Verfahren, bei denen Personendaten bearbeitet werden (Überschrift geändert)**

¹ Die Strafverfolgungs-, Strafgerichtsbarkeits- und Strafvollzugsorgane führen ein vollständiges Verzeichnis ihrer Verfahren, bei denen Personendaten bearbeitet werden.

§ 24 Abs. 2 (neu)

² Der Zugang umfasst:

- a. die Angaben nach § 14 Abs. 2 und
- b. alle Personendaten zur gesuchstellenden Person.

§ 26a (neu)**Aufsichtsrechtliche Anzeige**

¹ Jede Person kann der Aufsichtsstelle Datenschutz (§ 35) Tatsachen anzeigen, wonach ein öffentliches Organ oder eine Auftragsdatenbearbeiterin oder ein Auftragsdatenbearbeiter bei der Bearbeitung von sie betreffenden Personendaten gegen die datenschutzrechtlichen Vorschriften verstößt.

² Die anzeigende Person hat nicht die Rechte einer Partei, doch ist ihr innerhalb von höchstens 3 Monaten Auskunft über das Ergebnis oder den Stand der Abklärungen zu erteilen.

§ 28 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)

¹ Ist der Zugang zu den bei einem öffentlichen Organ vorhandenen Personendaten nicht schon nach § 27 ganz oder teilweise zu verweigern, sind diese Personendaten vor der Zugangsgewährung zu anonymisieren.

² Ist eine Anonymisierung nicht oder nicht vollständig möglich, darf das öffentliche Organ den Zugang zu nichtanonymisierten Personendaten gewähren, wenn:

- a. **(neu)** ein überwiegendes öffentliches Interesse am Zugang zu den nicht-anonymisierten Personendaten besteht oder
- b. **(neu)** die Voraussetzungen für die Bekanntgabe von Personendaten erfüllt sind (§§ 18 ff.).

§ 36 Abs. 2 (geändert)

² Der Aufsichtsstelle unterstehen nicht:

- a. **(neu)** die Mitglieder des Landrats sowie der Landrat und der Regierungsrat als Behörden;
- b. **(neu)** Datenbearbeitungen in hängigen Verfahren der Zivilrechts- und Strafrechtspflege, der Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in hängigen Rechtshilfeverfahren.

§ 37 Abs. 1 (geändert)

¹ Die kantonale Aufsichtsstelle wird von einer in Datenschutzfragen ausgewiesenen Fachperson geleitet («Die Datenschutzbeauftragte» / «Der Datenschutzbeauftragte»).

§ 40 Abs. 1 (geändert)

¹ Die Aufsichtsstelle:

- b. **(geändert)** nimmt Stellung zu Rechtsetzungsprojekten und anderen Vorhaben, die ihr zur Vorabkonsultation (§ 12) unterbreitet werden;
- g. **(neu)** behandelt aufsichtsrechtliche Anzeigen (§ 26a) und informiert die Anzeigenden über das Ergebnis oder den Stand der Abklärungen;
- h. **(neu)** sensibilisiert die öffentlichen Organe für ihre datenschutzrechtlichen Pflichten sowie die Öffentlichkeit für die Anliegen des Datenschutzes und der Transparenz;
- i. **(neu)** verfolgt die für den Schutz von Personendaten und das Öffentlichkeitsprinzip massgeblichen Entwicklungen.

§ 41 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)

¹ Die Aufsichtsstelle kann bei öffentlichen Organen, bei Auftragsdatenbearbeiterinnen und Auftragsdatenbearbeitern sowie bei Drittpersonen, die von einem öffentlichen Organ Personendaten erhalten haben, ungeachtet allfälliger Geheimhaltungspflichten, schriftlich oder mündlich Auskunft über Datenbearbeitungen einholen, Einsicht in alle Unterlagen nehmen, Besichtigungen durchführen und sich Bearbeitungen vorführen lassen.

² Die öffentlichen Organe, die Auftragsdatenbearbeiterinnen und Auftragsdatenbearbeiter sowie die Drittpersonen sind verpflichtet, die Aufsichtsstelle bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Sie wirken insbesondere an der Feststellung des Sachverhalts mit.

Anhänge

Anhang 1: Vademecum **(geändert)**

II.

1.

Der Erlass SGS 242 (Einführungsgesetz zur Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung (EG JStPO) vom 23. September 2010) (Stand 1. Januar 2011) wird wie folgt geändert:

§ 14a (neu)

Datenschutzberatung

¹ Die Jugendanwaltschaft bezeichnet eine Datenschutzberaterin oder einen Datenschutzberater.

² Sie oder er:

- a. berät und unterstützt bei der Bearbeitung von Personendaten,
- b. nimmt Datenschutz-Folgenabschätzungen vor (§ 11a Informations- und Datenschutzgesetz, IDG¹) und
- c. arbeitet mit der Aufsichtsstelle Datenschutz (§ 35 IDG) zusammen.

Anhänge

Anhang 1: Vademecum (**geändert**)

2.

Der Erlass SGS 250 (Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung (EG StPO) vom 12. März 2009) (Stand 1. November 2019) wird wie folgt geändert:

§ 13a (neu)

Datenschutzberatung

¹ Die Staatsanwaltschaft bezeichnet eine Datenschutzberaterin oder einen Datenschutzberater.

² Sie oder er:

- a. berät und unterstützt bei der Bearbeitung von Personendaten,
- b. nimmt Datenschutz-Folgenabschätzungen vor (§ 11a Informations- und Datenschutzgesetz, IDG²) und
- c. arbeitet mit der Aufsichtsstelle Datenschutz (§ 35 IDG) zusammen.

Anhänge

Anhang 1: Vademecum (**geändert**)

¹ SGS 162

² SGS 162

3.

Der Erlass SGS 261 (Gesetz über den Vollzug von Strafen und Massnahmen (Strafvollzugsgesetz, StVG) vom 21. April 2005) (Stand 1. November 2019) wird wie folgt geändert:

§ 2a (neu)**Datenschutzberatung**

¹ Das Amt für Justizvollzug bezeichnet eine Datenschutzberaterin oder einen Datenschutzberater.

² Sie oder er:

- a. berät und unterstützt bei der Bearbeitung von Personendaten,
- b. nimmt Datenschutz-Folgenabschätzungen vor (§ 11a Informations- und Datenschutzgesetz, IDG³) und
- c. arbeitet mit der Aufsichtsstelle Datenschutz (§ 35 IDG) zusammen.

Anhänge

Anhang 1: Vademecum (**geändert**)

4.

Der Erlass SGS 700 (Polizeigesetz (PolG) vom 28. November 1996) (Stand 1. Januar 2018) wird wie folgt geändert:

§ 45g^{bis} (neu)**Datenschutzberatung**

¹ Die Polizei Basel-Landschaft bezeichnet eine Datenschutzberaterin oder einen Datenschutzberater.

² Sie oder er:

- a. berät und unterstützt bei der Bearbeitung von Personendaten,
- b. nimmt Datenschutz-Folgenabschätzungen vor (§ 11a Informations- und Datenschutzgesetz, IDG⁴) und
- c. arbeitet mit der Aufsichtsstelle Datenschutz (§ 35 IDG) zusammen.

Anhänge

Anhang 1: Vademecum (**geändert**)

III.

Keine Fremdaufhebungen.

³ SGS 162

⁴ SGS 162

IV.

Der Regierungsrat legt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Gesetzesänderung fest.⁵⁾

Liestal,

Im Namen des Landrats

der Präsident: Lerf

die Landschreiberin: Heer Dietrich

5) Vom Regierungsrat am \$ auf den \$ in Kraft gesetzt.